

# Teufliche Enge – Eine Reise durch linke Krisen- und Staatstheorien

## Skizze der Verortung

Noch vor fünfzehn Jahren waren existenzsichernde Lohnarbeitsverhältnisse die Norm. Prekäre Erwerbstätigkeiten<sup>1</sup>, die deutlich unter dem Einkommens-, Schutz- und sozialen Integrationsniveau der Gesellschaft lagen, bildeten den Rand der KernarbeiterInnenschaft. Die Verhältnisse haben sich seitdem gewaltig gewandelt: Die Ränder reichen bis ins Zentrum – und was früher Kern war, sind heute Oasen. Seit 1991 hat sich der Sektor der Teilzeit- und Geringbeschäftigten um über 80 Prozent ausgeweitet, während im selben Zeitraum die Vollzeitarbeitsplätze um etwa 20 Prozent abgebaut wurden.<sup>2</sup> Mittlerweile sind über sieben Millionen Menschen zur Annahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen gezwungen. »Auf dem Vormarsch sind Minijobs, deren Zahl binnen sechs Jahren um 29 Prozent auf über sieben Millionen hochschnellte. Und immer mehr Arbeitnehmer kommen mit einer Stelle nicht über die Runden. Nach Angaben der Bundesregierung verdoppelte sich die Zahl der Menschen mit zwei Jobs zwischen 2002 und 2007 auf 1,8 Millionen.«<sup>3</sup>

Einer springt zwischen mehreren Jobs und hat gar keine Zeit mehr, sich zu beklagen<sup>4</sup>. Eine andere arbeitet ohne Papiere und ohne jede Wahl. Ein Dritter sieht als Selbstständiger die Chance seines Lebens. Eine Vierte wird gekündigt. Die Fünfte arbeitet und hat trotzdem kein Geld. Ihnen gemeinsam ist die Prekarisierung, die ihre Arbeits- und Lebenswelt teuflisch eng ineinanderschiebt. So unterschiedlich die Betroffenen damit auch umgehen, so sind sie doch Rahmenbedingungen unterworfen, die sich für alle gleichermaßen verändert haben. Die politischen Einschätzungen und Konsequenzen dieses Wandels sind allerdings so verschieden und widersprüchlich wie das individuelle Erleben dieser Zeiten selbst.

## Die Zertrümmerung der Sozialsysteme

Während der 16 Jahre Kohl- und in der ersten Legislaturperiode der Schröder-Regierung ging es vor allem darum, Leistungen in bestehenden Sozialsystemen zu kürzen und das Tarifgefüge durch Serien von Arbeitsmarktreformen zu »spreizen« - das Ganze gewürzt mit der Ideologie von der »Eigenverantwortung« und dem Placebo-Schnee der »Ich-AG«.

In ihrer zweiten Regierungsperiode kündigten SPD und Grüne mit Hartz I-IV und Agenda 2010 die Sprengung der sozialen Sicherungssysteme an. Man ist am Ziel (fast) angekommen:

---

### 1

»Als prekär kann eine Erwerbstätigkeit bezeichnet werden, wenn die Beschäftigten aufgrund dieser Tätigkeit deutlich unter das Einkommens-, Schutz- und soziale Integrationsniveau sinken, das in der Gegenwartsgesellschaft als Standard definiert wird.«, vgl. Klaus Dörre / Klaus Kraemer / Frederic Speidel, Prekäre Arbeit – Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, in: Das Argument 256, 2004

2 »Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis, also die abhängige Vollzeitbeschäftigung von unbefristeter Dauer, gehe inzwischen in fast allen Wirtschaftsbereichen zurück, analysiert die Bundesbank. Zwischen 1991 und 2004 schrumpfte die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um fast 6 Millionen oder rund 20 Prozent auf 23,75 Millionen.« FAZ vom 19.07.2005

3 FR vom 15.12.2009

4 »7,6 Prozent der 30 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland brauchen einen Zweitjob, um leben zu können, mehr als 2,2, Millionen Menschen... Ihre Arbeitstage sind häufig länger als zwölf Stunden, 60-Stunden-Wochen sind oft Normalität.« Ver.DI Publik, November 2008

Seit nunmehr über 20 Jahren beteiligen sich die Regierungen daran, den Gebäudekomplex sozialer Sicherungssysteme zu entkernen, auszuräumen, tragende Decken und Träger einzureißen. Nun treten sie, Jahr für Jahr, mit traurig-düsterer Miene an den Ort des Verbrechens und verkünden das jetzt Unausweichliche: Das Gebäude sei so nicht mehr zu erhalten, man müsse es einreißen – zum Schutz der Bewohner.

Eine »Große Koalition der Willigen« kann sich diese Leistung auf ihre Fahnen schreiben: Fast alle Gesetzesverschärfungen auf diesem Gebiet wurden von Regierung und Opposition gemeinsam verabschiedet. Die Unternehmerverbände nutzen indessen die Gunst der Stunde, fordern die Rücknahme fast aller betrieblichen Sonderleistungen, drohen wahlweise mit Schließungen, Auswanderungen und Tariffucht – und bekommen stets, was sie wollen. Bei all dem müssen sie die Gewerkschaften nicht fürchten: Sie haben zahllosen »Öffnungsklauseln« im Tarifrecht zugestimmt, verzichten für versprochene »Arbeitsplatzgarantien« auf Lohn und betrieblich erkämpfte Leistungen und verquasten das Ganze mit einem Bekenntnis zum Standort Deutschland. Und wenn dann doch noch etwas übrigbleibt, erledigen Vereinbarungen auf Betriebsebene den Rest.

All dies wird nicht gegen erbitterten Widerstand verabschiedet und beschlossen. Im Gegensatz zu anderen Ländern bleiben betriebliche und außerbetriebliche Proteste marginal, zaghaft – und erfolglos. Selbst die Gewerkschaftsspitze kann mit einem gewissen Recht darauf verweisen, dass die fehlende Kampfbereitschaft an der Basis kein anderes Ergebnis zugelassen habe. Und passiert doch einmal etwas, wie beim »wilden« Streik 2004 im Opelwerk Bochum, bekommt die Gewerkschaftsführung ganz weiche Knie, wird zum Streikbrecher und tritt mit einer Urabstimmung, die kafkaeske Züge trägt, den Brandherd aus.

So groß wie die Ohnmacht ist, so zahlreich sind die Fragen: Wo anfangen? Wo ansetzen? Macht es noch Sinn, sich in gewerkschaftliche Auseinandersetzungen einzumischen? Sind Forderungen nach existenzsichernden Arbeitsverhältnissen, nach Arbeitszeitverkürzungen (bei vollem Lohnausgleich) überholt? Ist der Nationalstaat noch die richtige Adresse, um soziale Standards durchzusetzen oder reklamiert man damit einen »Sozialstaat«, der längst passé ist? Angenommen die Globalisierung ist unumkehrbar – was bedeutet dann die Forderung nach einer »Globalisierung von unten«? Sind unter diesen veränderten Bedingungen Kämpfe vor Ort nicht längst überholt?

## **Rückkehr zu fordistischen Zeiten?**

Eine linke Theorie des Fordismus besagt, dass soziale Standards, existenzsichernde Arbeitsverhältnisse und ein keynesianischer (Wohlfahrts-)Staat das Dreigestirn dieser Wirtschaftsordnung ausmachten. Tatsächlich waren diese Systemmerkmale eine Antwort auf Kämpfe, in denen der Massenproduktion und der brutalen Taylorisierung von Fließbandarbeit das Soziale abgerungen werden musste. Existenzsichernde Arbeitsverhältnisse sind keine dem Fordismus eingeschriebenen Systemkomponenten – und prekäre Arbeitsverhältnisse kein spezifisches Kennzeichen des Postfordismus. Sie sind im ersten Fall erfolgreichen Lohn- und Arbeitskämpfen geschuldet, im zweiten Fall Ergebnis ausbleibenden Widerstands.

Gerne wird die Ära des Fordismus auch mit Vollbeschäftigung, die neue Epoche des Postfordismus mit dem Abschied von ihr in Verbindung gebracht. Man hält das Gerede über die »Schaffung von Arbeitsplätzen«, »Sozial ist, was Arbeit schafft« (BDI-Chef Michael Rogowski im Jahr 2003) für blanke Ideologie, die den Umstand überflüssig gewordener Arbeitskräfte kaschieren soll. Andere sahen gar die »Abschaffung der Arbeit«<sup>5</sup> am Horizont aufscheinen. Was im Kapitalismus zur Verelendung vieler führt, sollte im Kommunismus die Grundlage einer Gesellschaftlichkeit ausmachen, in der alle nach ihren Bedürfnissen leben

---

5 A. Gorz, Wege ins Paradies, Hamburg 1984

können. Diese Einschätzung hat sich als großer Irrtum herausgestellt. Was die rot-grüne Regierung in ihrer zweiten Regierungsperiode (2002–05) auf den Weg gebracht hat, zielt – neben der Drohung in Richtung Nochbeschäftigter – auf die Verwertung der Überflüssigen, auf die Reintegration von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in den Verwertungsprozess. Nicht die Arbeit geht aus, sondern der existenzsichernde Lohn. Ein Heer von working-poor<sup>6</sup> ist auf dem Vormarsch.

## Die Mär vom hilflosen Staat

Seit Jahr und Tag hören wir seitens der Regierung, dass sich nicht nur die Bürger der globalen Herausforderung stellen müssen, sondern auch der Staat. In dieser globalisierten Kampfarena werden nicht nur Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Lohnabhängige und Arbeitslose aufeinander gehetzt. Auch der Nationalstaat müsse mit niedrigen Steuersätzen und noch niedrigeren Sozialstandards um den billigsten Standort in den Ring steigen. Bei dieser Gelegenheit schlagen SPD- und Grünenpolitiker gerne die Hände über den Kopf zusammen, um Ohnmacht zu signalisieren: Sie würden ja gerne vieles ganz anders machen, aber es ginge nicht anders. Auch die linken Theorien des Postfordismus zeigen sich tief beeindruckt und liefern gleich die Theorie von der Bedeutungslosigkeit des Nationalstaates nach/mit: Er habe aufgehört, in ökonomische Prozesse gestaltend einzugreifen. Das Primat der Politik weiche dem Primat der Ökonomie. Die Politiker seien nur noch hoch dotierte Butler im Dienste der Global Player, die man bestenfalls um ein großzügiges Trinkgeld anschnorren könne ...

Doch mitnichten! Die nationale Politik von SPD und Grünen hechelte keinesfalls hilflos und ohnmächtig den Gesetzen des Weltmarktes hinterher: Sie plant, markiert, räumt ab und macht Wege frei. Allein im Zuge der Wiedervereinigung flossen bis heute über eine Billion Euro an Steuergeldern (einschließlich Solidarzuschlag) in den »Aufbau Ost«, nicht von Geisterhand, sondern durch politische Entscheidung über Legislaturperioden und Kanzlerwechsel hinweg! Wenn Unternehmer und Staat in Eintracht existenzsichernde Arbeitsverhältnisse liquidieren und durch Teilzeit- und Geringbeschäftigte ersetzen, dann hat ihnen das nicht ein Global Spirit zugetragen. Ermöglicht wurde dies u.a. durch die Hartz->Reformen« der letzten Jahre.

Zur linken Theorie vom Fordismus und Postfordismus gehört mitunter eine progressiv zur Schau gestellte Härte: Wer immer noch den ›Sozialstaat‹ reklamiere, dem ›Wohlfahrtsstaat‹ nachtrauere und diesen heute einklage, der betreibe eine nostalgische und reaktionäre Politik. Der etwa von Joachim Hirsch skizzierte »Wettbewerbsstaat« ist jedoch nicht das Ergebnis einer liberalen Wirtschaftstheorie und eines – dem Postfordismus eigenen – Staatsverständnisses. Hirsch beschreibt vielmehr ein neues Regulationsregime, das Klasseninteressen und gesellschaftliche Machtverschiebungen neu austariert. Die Tatsache, dass der Staat Abschied von der »Verteilungsgerechtigkeit« nimmt, ist keinem neuen Staatsverständnis der politischen Klasse geschuldet. Sie braucht bloß – mangels mächtiger Gegner – keine Rücksicht mehr auf Klassengegensätze zu nehmen.

Wenn Linke dem »Sozialstaat« keine Träne nachweinen, dann verwechseln sie Ideologie mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und sozialen Errungenschaften, die in den 60er, 70er und 80er Jahren erkämpft wurden – und nun Zug um Zug rückgängig gemacht werden. Weder hat der Fordismus den ›Sozialstaat‹ erfunden, noch hat der Postfordismus ihn abgeschafft. Was postum zum ›Sozialstaat‹ deklariert wurde, waren und sind vor allem soziale Errungenschaften, die dem Taylorismus der 20er/30er Jahre ebenso abgerungen werden mussten, wie dem Nachkriegsdeutschland der 60er und 70er Jahre. Der Kampf um

---

6 Armut durch Arbeit

Sozialstandards, die ein würdiges Leben gewährleisten, unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht und nationaler Zugehörigkeit, hat die deutsche Linke nicht hinter sich, sondern vor sich – insofern eines ihrer zentralen Anliegen eine Gesellschaftlichkeit ist, in der nicht das Geld die Lebenschancen und -erwartungen bestimmt, sondern das universalistische Recht auf Glück.

Manch linke Theorie vom Ende nationaler Politik folgt dabei der Ideologie vom »schlanken Staat«. Anstatt sie zu demaskieren, setzt sie »nationale Politik« mit einem »Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital« in eins. Tatsache ist jedoch, dass der Nationalstaat auch dann Bestand hat und Macht ausübt, wenn er soziale Gegensätze nicht ausgleicht, sondern verschärft. Mehr noch: die Verschärfung sozialer Gegensätze verlangt nicht weniger, sondern mehr Staat. Wenn man all die »Sicherheitspakete« addiert, die die Bundesregierung in den letzten sechs Jahren verabschiedet hat – wenn man die außenpolitischen Veränderungen der letzten Jahre hinzunimmt, den ersten Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999, Auslandseinsätze im ehemaligen Jugoslawien und Afghanistan, die Forderung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat – dann kündigt all dies keineswegs das Absterben nationaler Politik und Interessen an!

### **Globalisierung als letzte Instanz?**

Die Neoliberalen werden nicht müde, von der Globalisierung zu reden, als wäre das ein Schicksal, eine Naturgewalt. Dem internationalen Wettbewerb müsse man sich stellen – Mitmachen oder Untergang sei die Devise. Alternativen gäbe es nicht. Dass Globalisierung immer und zu jeder Zeit ein gesellschaftlicher Prozess ist, der politisch gewollt, gesteuert, von nationalen und transnationalen Machtinteressen gelenkt wird, beweisen tagtägliche Schachzüge, mit denen diese Interessen gegen andere in Position gebracht werden. So drohte die US-Regierung mit Handelssanktionen gegenüber China, wäre es nicht bereit, den freien WTO-Handel mit billigen Textilwaren selbst zu beschränken. Wenn die EU 45 Milliarden Euro an Subventionen in die europäische Landwirtschaft pumpt, um sie vor billigeren Anbietern zu schützen, dann trällern sie dabei nicht das Hohelied auf den »freien Wettbewerb«, vor dem sich alle beugen müssen. Im Gegenteil. Mit diesen und anderen Maßnahmen beweisen sie, dass man dem Schicksal der Globalisierung, dem Gesetz des Weltmarktes durchaus entrinnen kann – wenn ein Staat die nötige Macht hat, gewichtige Interessen durchzusetzen.

Wenn französische oder deutsche Unternehmen billige Arbeitskräfte saisonal anheuern und dafür entsprechende Entsendegesetze geschaffen werden, dann liegt das nicht an irgendwelchen Unumstößlichkeiten, wie dem Gesetz der Schwerkraft. Dem liegt eine Wirtschaftspolitik zugrunde, in der die Konkurrenz nationaler Ökonomien nicht aufgehoben, sondern zum inneren Akkumulationsprinzip erhoben wurde. Damit wird weder die Macht des transnationalen Kapitals, noch die Macht transnationaler politischer Institutionen bestritten. Es zeigt sich vielmehr, dass nationale Politiken darin nicht untergehen, sondern eine bedeutende Lenkungs- und Steuerungsfunktion einnehmen.

### **Internationalismus nur anderswo?**

Der Aufforderung, sich in nationale Politiken einzumischen, wird gern mit großer Weitsicht begegnet: »Globalisierung von unten« stehe vielmehr auf der Agenda einer internationalistisch agierenden Linken. Man verweist auf Kämpfe in China, Mexiko und sonst wo ... Doch was wäre dieser Internationalismus, wenn er sich nicht auf Kämpfe beziehen könnte, die unter national spezifischen, besonderen regionalen und lokalen Bedingungen geführt werden? Wenn Menschen in Indien gegen einen Staudamm, gegen die

Monopolisierung von Saatgut protestieren, wenn in Bolivien Menschen gegen die Privatisierung von Wasser, Strom und Gas kämpfen, dann machen sie dies unter den je spezifischen nationalen Bedingungen. Kämpfe werden nicht gewonnen, wenn von nationalen Bedingungen abgesehen wird, sondern wenn solche Kräfteverhältnisse richtig eingeschätzt werden. Internationalistisch ist nicht die feurige Bezugnahme und Identifizierung mit Widerstandsbewegungen auf einem anderen Kontinent, sondern eine Praxis, die diese Kämpfe mit unseren Auseinandersetzungen in Beziehung bringt – wenn wir in aller Bescheidenheit hier das tun, was wir woanders bewundern.

## **Mut und Gelassenheit**

Jenseits von vagen Andeutungen (»Eine andere Welt ist möglich«) und strengen Festlegungen (»Für den Kommunismus«) stellt sich die Frage: Was machen wir (als Linke) bis dahin? Die einen vertrauen auf ihre eigene Untergangstheorie zum Kapitalismus – und warten ab. Andere sehen in der Ära des Empires eine Multitude heranreifen, die so gut wie alles auf sich vereinigt, was zum Kommunismus taugt – wenn sie sich nur selbst wachküssen könnte. Wieder andere kämpfen vor Ort, ganz ohne apokalyptische oder messianische Vorhersehungen, lokal (Agenturschlusskampagne, Proteste gegen Ein-Euro-Jobs usw.). Und ganz viele sind mit vielen Dingen zwar auch nicht einverstanden, wissen aber nicht, was sie dagegen tun können.

Ist es zu viel verlangt, einen existenzsichernden Lohn, Arbeitszeitverkürzungen (bei vollem Lohnausgleich), eine Grundsicherung für jede und jeden, ein Gesundheitssystem zu fordern, das alle finanziert und alle mit der bestmöglichen Medizin versorgt? Überfordern wir damit den Kapitalismus?

Etwas mehr Gelassenheit und etwas mehr Mut zugleich sind nötig. Weder in den wilden Jahren von 1969 bis 1973 noch in den 80er Jahren gefährdeten Lohn- und Arbeitskämpfe, Haus- und Platzbesetzungen, oder Sabotage und Anschläge das kapitalistische Akkumulationsregime: Die reale Entwicklung der Wirtschaftsleistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) stieg ungebrochen an. All diese Kämpfe beeinflussten zwar die Gesellschaft und das politische Klima massiv und nachhaltig, doch die Zonen kapitalistischer Akkumulation konnten sie nicht erschüttern. Es waren externe Einflüsse, die zur Rezession und Stagnation führten: Einzig und alleine die ›Ölkrise‹ 1975 und 1982 bewirkten einen leichten Rückgang des Bruttoinlandsproduktes.

## **Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um**

Zwischen dem Kampf um Verbesserungen innerhalb des Bestehenden und einer radikalen Kritik des Bestehenden liegt nicht Verrat, sondern ihre Konkretion. Ein politischer Prozess, der Verbesserungen innerhalb des Bestehenden mit der radikalen Kritik des Bestehenden in Berührung bringt, böte die Chance, das Niemandsland zwischen grundsätzlicher Kritik und realpolitischen Verschlechterungen zu betreten und fruchtbar zu machen.

Fakt ist, dass die Linke in den letzten fünfzehn Jahren nicht einmal Verschlechterungen aufhalten bzw. zurückschlagen konnte. Es wäre schon ein großer Sprung nach vorne, Verbesserungen im Hier und Jetzt zu erkämpfen. Verbesserungen, die immer zweierlei bedeuten: Integration und Einbindung von Unzufriedenheit und/oder verbesserte Ausgangsbedingungen für Kämpfe und Vorstellungen, die weit darüber hinausgehen. Auch die deutsche Linke wird nicht umhin kommen, erst an den Bordstein zu gelangen, um von dort aus die Straße zu überqueren. Wer zurecht den Lohnabhängigen und dem gewerkschaftlichen Pflegedienst ›Smash capitalism‹ entgegenschleudert, sollte diese nicht vom Spielfeldrand aus tun. Den Kapitalismus bekämpft man nicht außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen, in der Freizeit, sondern mittendrin. Wenn sich dabei die

(außerparlamentarische) Linke vereinnahmen ließe, spräche das nicht gegen einen Kampf um Verbesserungen, sondern gegen eine radikale Linke, die leicht zu haben ist.

Würden wir diese Kämpfe führen und das kapitalistische System an den Rand seiner Möglichkeiten treiben, bliebe noch genug Zeit, sich über die Dialektik von Reform und Revolution zu verständigen.

Wolf Wetzel

13.3.2010

[www.wolfwetzels.wordpress.com](http://www.wolfwetzels.wordpress.com)